

Erzgeb. Volksfreund.

Tageblatt für Schneeberg und Umgegend.

Telegramm-Adresse:
Volksfreund Schneeberg.

Korrespondenz:
Schneeberg 51.
Aue 25.
Schwarzenberg 19.

Amtsblatt für die königl. und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Gartenstein, Johann-georgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wildenfels.

Nr. 139

Der „Erzgeb. Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach dem Sonntag und Festtagen. Abonnement vierteljährlich 1 Mark 50 Pf., halbjährlich 2 Mark 50 Pf., im amtlichen Briefe die halbjährliche Rate mit 20 Pf., Reklamen die halbjährliche Rate mit 25 Pf. berechnet; tabellarischer, subskribentlicher Bezug nach amtlichem Tarif.

Dienstag, den 18. Juni 1895.

Verlagsnummer Nr. 2190.

Der Redaktionstermin für die am nächsten erscheinende Nummer ist Sonntag 11 Uhr. Eine Abgabe für die nächste Nummer der Redaktion des, an den betreffenden Tagen sowie an bestimmten Stellen wird nicht gegeben. Kündigungen nur gegen Vorzahlung. Die Redaktion eingetragener Anzeigen trägt sich die Redaktion nicht verantwortlich.

48.
Jahrgang.

Während der Beurlaubung des Herrn Bezirksarztes Dr. Salkoff hier vom 17. Juni bis 13. Juli l. J. wird dasselbe von Herrn Bezirksarzt Dr. Schuster in Auerbach vertreten werden.

Schwarzenberg, am 15. Juni 1895.

Königliche Amtshauptmannschaft.
Fehr. v. Wasing.

Der Revisionstermin für jeden Impfling wird vom Impfarzt im Impftermin bestimmt werden.

Die Eltern und Erzieher der impfpflichtigen Kinder werden hiermit aufgefordert, mit letzteren in den anberaumten Impfterminen, sowie zu den Revisionsterminen zu erscheinen oder die Befreiung von der Impfpflicht durch ärztliches Zeugnis nachzuweisen.

Wir bemerken schließlich, daß sämtliche öffentliche Impfungen unentgeltlich auf Kosten der Armenkasse vorzunehmen sind, und daß Eltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen ohne gesetzlichen Grund der Impfung entzogen werden, nach den gesetzlichen Bestimmungen mit Geldstrafe bis zu 50 Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft werden.

Johanngeorgenstadt, den 15. Juni 1895.

Der Stadtrat.
Brenkler.

Gras-Verpachtung.

Donnerstag, den 20. Juni 1895, Nachmittags 4 Uhr

soll die Gräberei der Pöcherwiese und hierauf die der Rothgutwiese unter den vorher bekannt zu machenden Bedingungen an Ort und Stelle verpachtet werden.

Schneeberg, am 16. Juni 1895.

Der Stadtrat.
Dr. von Boydt.

Bekanntmachung.

Der Impfpflicht unterliegen in diesem Jahre

1. Alle in den Vorjahren impfpflichtig gewesen, jedoch wegen Krankheit oder aus sonstigen Gründen nicht zur Impfung gelangten Kinder.
2. Alle im Jahre 1894 geborenen Kinder.

Die diesjährigen öffentlichen Impfungen sollen nach mit Herrn Dr. med. Dieß getroffener Uebereinkunft im kleinen Rathhause

Mittwoch, den 3. Juli a. c.

von Nachmittags 2 Uhr an

hergestellt vorgenommen werden, daß an diesem Tage die unter 1 und 2 angeführten impfpflichtigen Kinder, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis M anfangen, dagegen

Donnerstag, den 4. Juli a. c.

von Nachmittags 2 Uhr an

die übrigen Kinder, deren Familiennamen N bis Z beginnen, geimpft werden sollen.

Schneeberg, am 16. Juni.

Wochenchau.

Die Feinde Bismarcks frohlocken auf der ganzen Linie, weil es ihnen, den Kleinen, gelungen ist, aus einer Rede des Altkanzlers, des Großen, durch künstliches Mißverständnis Kapital zu schlagen. Fürst Bismarck hatte in seiner freien, fähigen Art in Erwiderung einer Ansprache von Seiten des Bundes der Landwirthe von den Produktiv-Ständen und im Gegensatz dazu von den Drohnen gesprochen, die nur immer viel reden und Geseze machen. Zugegeben, die Rede war reichlich schärf gehalten; aber daß man aus ihr deducire, mit den Drohnen habe der Fürst die Minister und ihre Geheimräthe gemeint, das ist denn doch mehr denunciatorisch, als gewissenhaft. Gerade sie meinte Bismarck, von denen ohne Zweifel diese Behauptungen ausgehen, die Witzredner im Reichstage, die im Handumdrehen ein paar Schod überflüssiger Geseze machen, aber zum positiven Schaffen nicht zu haben sind. Die fleißige Arbeit in den Ministerien kann der Fürst zu gut, um ihr freiwillige Unfruchtbarkeit nachzusagen.

Uebrigens freuen wir uns, den Freisinnigen nachsagen zu können, daß sie einmal im nationalen Sinne gehandelt haben. Wir erinnern uns, daß vor Kurzem durch terroristischen Wehrheitsbeschluß die Wahl des konservativen Rittersgutsbesizers von Dyembowski annullirt worden war; man hoffte die Wahl eines Polen durchsetzen zu können. Nun haben sich aber in dem Wahlkreise Mejeritz-Bomst die deutschen Wähler, abgesehen von den extremen Antisemiten, auf die Wiederwahl Herrn von Dyembowski geeinigt, welcher demgemäß diesesmal, wenn anders die Meldungen der Presse richtig sind, als einziger deutscher Kandidat dem Kandidaten der Polen Gymanski gegenübersteht. Auch die Freisinnigen haben sich anerkenntlich Weise der Kandidatur von Dyembowski, für welche sie bei der letzten Wahl abtraten, wenigstens in der Stichwahl, schon voll eingetreten waren, jetzt bereits bei dem ersten Wahlgange angeschlossen. Es steht zu hoffen, daß das Zusammengehen der Deutschen durch die Rechnung, welche man sich bei der gegen jedes Recht und jede Billigkeit verstoßenden Kassation der Wahl auf die Uneinigkeit der Deutschen zu Gunsten der Polen gemacht hat, einen tiefen Strich ziehen wird.

Dank der vorzüglichen unparteiischen Leitung des Präsidenten ist bei dem Alexianer-Prozess in Aachen jede Beeinträchtigung ferngehalten worden. Das freisprechende Urtheil des Gerichts entsprach vollkommen dem im Volks lebenden Rechtsbewußtsein; aus den Anklägern sind die Beklagten geworden. Auch hat es allgemein mit Genugthuung erfüllt, daß der vielberühmte Bruder Heinrich verhaftet und die Krankenanstalt Mariaberg geschlossen worden ist. Allein dem verkappten öffentlichen Rechtsbewußtsein wird dadurch noch keineswegs genügt. Dazu ist vor Allen auch erforderlich, daß die mit Staatsanwaltschaft betrauten Personen nach Maßgabe ihres subjektiven Verschuldens zur Verantwortung gezogen werden; sobald aber, daß ohne Verzug die übrigen Anstalten der Alexianer einer genauen und gründlichen Untersuchung von Staatsaufsichtswegen

unterzogen und etwaige dabei vorgefundene Unzulänglichkeiten beseitigt werden. Worauf es dabei absonderlich ankommt, spricht am klarsten die Besezerzeitung aus:

„Hätte es sich um eine gewöhnliche Privatanstalt oder auch um ein staatliches oder provinciales Institut der Art gehandelt, so wäre zwar die Entrüstung nicht minder groß gewesen, aber sie hätte nicht sich verknüpft mit dem bitteren Gefühl, das jetzt in den Vordergrund tritt, daß so arge Dinge unter dem Protektorate einer besonders, wenn nicht gar ausschließlich Heiligkeit in Anspruch nehmenden Weltmacht, der römischen Kirche, verübt worden sind. Sie, die uns fortwährend versichert, daß sie allein im Stande sei, die Schäden der sündlichen Welt, die Brutalität und Unbilligkeit der menschlichen Natur zu überwinden, sie, die aus diesem Grunde eine unabhängige Stellung neben und über der staatlichen sucht fordert und vorgiebt, nur in solcher unkontrollirten Freiheit ihrem göttlichen Berufe voll genügen zu können, ist jetzt an einem eklatanten Beispiele der gänzlichen Unzulänglichkeit ihrer eigenen Aufsicht über ihre Organe und der standhaftesten Verderblichkeit eines dieser Organe überführt worden, und es hat sich gezeigt, daß die Schuld an dieser Verderblichkeit gerade der Mangel an der von ihr so oft verhorrescirten staatlichen Kontrolle war. Nicht als ob die staatliche Kontrolle formell ausgeschlossen gewesen wäre, wie die Kirche es meistens verlangt, aber sie ist thatsächlich nicht geübt worden, und zwar aus Nachlässigkeit gegen die geistliche Macht, deren Unwillen zu erregen die Staatsbehörden sich gesucht haben. Deshalb sagen wir, daß die erfolgten Enthaltungen auch für die preussische Obrigkeit eine Niederlage bedeuten.“

Der in der Centrumpresse unternommene Versuch, die von den Kartellparteiern im preussischen Landtage eingebrachte Interpellation im Voraus als kulturkämpferisch zu bezeichnen, ist sehr bezeichnend. Der Wortlaut derselben giebt dazu nicht den mindesten Anlaß; er ist vielmehr vorzüglich so gefaßt, daß ihn auch das Centrum unterschreiben könnte. Thatsächlich ist denn auch von einer Seite angeregt worden, auch das Centrum zur Unterzeichnung aufzufordern. Wenn daher von Seiten der Centrumpresse gegen die Interpellation mit sachlich unbegründeten Unterstellungen Stimmung zu machen versucht wird, so ist dies ein deutliches Zeichen eines schlechten Gewissens. Dazu hat wenigstens ein großer Theil der Centrumpresse nach seinem Verhalten vor und nach dem Prozesse Wellage allerdings auch volle Ursache.

Der Landtag, welcher am Dienstag wieder zusammentrat, kann die Interpellation erst nach den Kieler Festlichkeiten in Beratung nehmen, weil es der Abg. Richter verstanden und aber sich genommen hat, die Verhandlungen über das Stempelsteuergesetz trotz mancher gründlichen Abfuhr durch rüchichtslose Obstruktionspolitik in unendliche Länge zu ziehen. Ob er im Auftrage des Centrums handelte? Dem wird jedenfalls daran gelegen sein, die Interpellation nicht eher auf der Bildfläche erscheinen zu lassen, als bis über den ersten, mächtigsten Sturm der Entrüstung etwas Gras gewachsen sein wird.

Der österreichisch-ungarische Minister Graf Soluchowsky

hat den Delegationen sein Programm bekannt gegeben, welches in dem Sage gipfelt: „Unverbrüchliches Festhalten an der durch den Friedensbund der drei europäischen Centralmächte geschaffenen Grundlage, welche die Pflege der besten und freundschaftlichen Beziehungen zu allen übrigen Mächten ohne Unterschied nicht nur nicht ausschließt, sondern geradezu bedingt.“ Der Minister folgerte daraus, „daß von einer Aenderung in der Orientierung der auswärtigen Politik oder gar von einem Systemwechsel absolut nicht die Rede sein könne.“

Das ist sehr erfreulich für das befreundete Kaiserreich; aber sehr bedenklich spitzt sich die innere parlamentarische Kritik in Oesterreich immer mehr zu. Der Ausschuss der vereinigten Diäten hat zu der Frage über das Progymnasium in GMI Stellung genommen und den Austritt aus der Koalition beschlossen; sobald der Budgetausschuss die Budgetsumme für das slovenische Gymnasium in GMI bewilligt haben wird, wird die Linke den beiden anderen Parteien der Koalition und der Regierung ihren Austritt aus der Koalition formell mittheilen. Voraussetzlich wird dies am Montag geschehen. Die Konsequenzen dieses Schrittes werden sein, daß wahrscheinlich bereits am Montag das Cabinet dem Kaiser seine Demission unterbreiten, und daß das Cabinet zunächst mit der Weiterführung der Geschäfte betraut werden wird.

Die politische Lage in Italien hat eine gewisse Erhellung dadurch erfahren, daß der neue Kammer-Präsident Villa in die Wahlprüfungs-Kommission sämtliche hervorragende Oppositionsführer, darunter den erbittertesten persönlichen Gegner Crispien, Cavallotti, berufen hat. In den Reihen der ministeriellen Mehrheit herrscht darob nicht geringes Befremden, und Villas Austritt von dem Kammerpräsidentenposten gilt als unvermeidlich. Noch weitergehende Alarmnachrichten, welche den Charakter der Gesamtanlage als plötzlich kritisch geworden bezeichnen, dürften mit Vorbehalt aufzunehmen sein.

Der französische Minister Hanotaux hat bei Juridisch-wissenschaftlichen Interpellation über die Beteiligung bei den Kieler Festen mit Hinweisung auf Rußland von einer Allianz gesprochen und dadurch das ganze wunderliche Land in Entzücken versetzt. Ob er damit nicht zu viel gesagt hat, darüber werden sich wohl Stimmen von Petersburg her kritisch vernehmen lassen. Aber wenn er zu dem Ausdruck berechtigt war: aber den Inhalt eines etwaigen Allianz-Vertrages, der sicherlich sehr beschränkender Natur sein dürfte, hat der kluge Minister geschwiegen. Das war auf alle Fälle sehr klug.

Zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals.

Das Programm für die Eröffnungsfeier ist nach dem „Reichsanzeiger“ wie folgt festgesetzt: Mittwoch, den 19. Juni, 6^{1/2} Uhr nachmittags: Festmahl der Stadt Hamburg, 8 Uhr abends: venezianische Nacht auf dem Alster-Bassin, zwischen 10 und 11 Uhr abends: Abfahrt sämtlicher an der Fahrt durch den Nordostsee-Kanal theilnehmenden Gäste. Donnerstag, den 20. Juni, 4 Uhr morgens: Beginn der Fahrt durch den